

PRESSEMITTEILUNG #631-16.08.2023

Birte Pauls

Altersarmut in Schleswig-Holstein

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur Altersarmut in Schleswig-Holstein (Drucksache 20/1268), führt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, aus:

„Altersarmut ist ein großes Problem im ganzen Land. Bereits jetzt sind über 15% der 65-Jährigen armutsgefährdet, die Tendenz ist steigend. Betroffen sind vor allem Frauen, die durch Care-Arbeit, Minijobs oder grundsätzlich schlechtere Bezahlung weniger Rentenansprüche haben. Armut darf nicht das Ergebnis nach einem Leben voller Arbeit sein, das ist ein gesamtgesellschaftlicher Skandal. Es braucht armutssichere Löhne und Rahmenbedingungen.

Immer noch scheuen sich besonders ältere Menschen aus Scham, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Die Systeme müssen viel besser ineinander greifen. Ergeht zum Beispiel ein Rentenbescheid, der unterhalb der entsprechenden Grenze liegt, müsste automatisch ein Schreiben hinzugefügt werden und der betroffene Mensch über die möglichen ergänzenden Leistungen informiert werden. Hier braucht es niedrigschwellige Informationsquellen in bürgerfreundlicher Sprache und gut ausgestattete, zugewandte Verwaltungen.

Die Landesregierung scheint die Brisanz dieses Themas aber zu ignorieren. Seniorenpolitische Initiativen lassen auf sich warten. Die Stärkung der Tafeln, die zunehmend ältere Menschen versorgen müssen, darf nicht die politische Antwort auf dieses Problem sein. Die SPD hat sich auf Bundesebene für das „Wohngeld Plus“ eingesetzt. Nun muss die Landesregierung nachziehen und ihre Strukturen anpassen.“